Technologischer Wandel und Arbeitsstrukturen

Autor(en): **Wicki, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 21: **Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584284

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

TECHNOLOGISCHER WANDEL UND ARBEITSSTRUKTUREN

«Widerspruch. Beiträge zur sozialisitischen Politik. Nr. 25». 205 S., Fr. 18.–

Das Thema «Arbeitslosigkeit – wirtschaftspolitische Alternativen» steht im Zentrum der fünfundzwanzigsten Nummer des Widerspruch, ein Thema von hoher Aktualität. Elf Beiträge – sowie drei Rezensionen – sind ihm gewidmet, weshalb dieses Heft gewerkschaftlich Engagierte besonders interessieren dürfte.
Von verschiedenen Seiten wird Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Krise unter die Lupe genommen: Aus ökonomischer, wirtschaftsgeschichtlicher, ökologischer und feministischer sowie aus der Sicht der Gewerkschaften.
Die ersten beiden Artikel leiten von ökonomischer Seite in die Problematik Arbeitsmarkt, Strukturwandel und Krise ein. Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater stellen die Krise in Zusammenhang mit der in den 80er Jahren stark erhöhten internationalen Arbeitsteilung. Arbeitsmärkte, Gütermärkte und Finanzmärkte werden von neoliberalen Einflüsterern jeweils als isolierte Märkte betrachtet, bei welchen sich unter optimalen Bedingungen ein Gleichgewicht einpendle. Doch die hochgradige gegenseitige Abhängigkeit dieser Märkte und deren hierarchische Schichtung lässt keine solche Analyse «im Reagenzglas» zu. Neoliberale Rezepte, das zeigt sich inzwischen empirisch in tragischer Weise, sind unter dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung klar zum Scheitern verurteilt, sie helfen aber auch nicht aus der Krise. Anders als Güter- und Finanzmärkte sind die Arbeitsmärkte heute noch stark vom jeweiligen politischen Rahmen bestimmt. Deformalisierung der Arbeit zielt auf einen Abbau sozialstaatlichen und gewerkschaftlichen Schutzes, will den «Faktor Arbeit» verstärkt den Marktmechanismen aussetzen und löst dadurch Migrationsströme in die Metropolen aus. Anders als noch in den 50er und 60er Jahren eröffnet diese Migration den einheimischen Arbeitskräften aber nicht mehr soziale Karrieren, sondern drängt diese in den informellen Sektor der prekären Arbeit (besonders persönliche Dienstleistungen). Diese Entwicklung stellt Gewerkschaften vor schier unlösbare Probleme, werden sie doch zwischen internationaler Solidarität und Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit einerseits und der Verteidigung regulierter Arbeitsverhältnisse andererseits eingeklemmt. Auf der Suche nach Lösungen kann der Arbeitsmarkt nicht unter strikt ökonomischen Gesichtspunkten allein betrachtet werden, es gilt ebenso auf kulturelle Rücksicht zu nehmen. Arbeitsmarktpolitik muss angebotsseitig ansetzen: Hier kommt nur eine generelle Arbeitszeitverkürzung kombiniert mit Massnahmen, welche eine Flexibilisierung von Arbeitsformen begünstigen, in Betracht. Dabei wird Regulierung im internationalen Rahmen immer bedeutender.
Karl Georg Zinn untersucht ähnliche Phänomene unter dem Blickwinkel des Strukturwandels und der sektoralen Entwicklung. Die laissez-faire-Politik führt zu einem überstürzten Strukturwandel, der in eine Deindustrialisierung mündet und eine perverse Form der Tertiarisierung – Zinn spricht von einer «Art postindustrieller Feudalgesellschaft» – hervorbringt. Deregulierung und Senkung des Lohnniveaus verringern zudem die Nachfrage und vertiefen dadurch die Krise. Auf dieses Keynessche Problem gehen auch Serge Gaillard und Christoph Müller mit ihrer Skizzierung der 70er-Rezession ein. Zinn kommt zum Schluss, dass gegenwärtig eine Industriepolitik als notwendige Defensivstrategie angebracht sei, «um eine übermässige, auch für den Strukturwandel dysfunktionale Deindustrialisierung zu vermeiden». Eine neue Strukturpolitik wird denn auch von Walter Schöni der heutigen dogmatischen und letztlich anachronistischen Politik der «Revitalisierung» gegenübergestellt.
Thomas Heilmann stellt die oft blauäugigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen bei den Grünen kritisch dar und sucht nach Eckpunkten einer grünen Wirtschaftspolitik. Aus den katastrophalen Folgen des ökologisch gesehen parasitären Monetarismus seien Schlüsse zu ziehen. Arg fährt Heilmann den gewerkschaftlichen «Keynes-Neuauflagen» an den Karren, die er äusserst polemisch verniedlicht und als «fordistisch» kritisiert. Umwelt- und sozialverträgliches Produzieren, wie es eine grüne Wirtschaftspolitik fördern müsse, setze auf möglichst Know-how-intensive aber möglichst energie- und rohstoffarme Exportgüter, was nicht mit traditioneller Industriepolitik, sondern nur durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für «ökologisch innovatives Hightech». Solches ist mittel- und langfristig anzugehen. Trotz der obigen Polemik gegen gewerkschaftliche Impulsprogramme – sie werden im Heft in den Artikeln von Hans Baumann und Andi Rieger vorgestellt – müssen nun aber dennoch Sofortmassnahmen her, insbesondere ein garantiertes Mindesteinkommen, das uns so nebenbei auch noch vom «Leistungsmasochismus» erlösen könnte...
In historischer Perspektive skizziert Bernard Degen die Geschichte der Arbeitslosigkeit in der Schweiz, wobei auf den Wandel des sozialen Umfelds Gewicht gelegt wird.
Frauen sind von der gegenwärtigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt härter betroffen, werden sie doch häufiger in prekäre Bereiche abgedrängt oder verlieren ihre Erwerbsarbeit ganz, wobei ihnen ein Rückfall in traditionelle Rollen droht. Drei Artikel beschäftigen sich mit der weiblichen Perspektive. Christel Eckart geht auf die Bedeutung und historische Entwicklung von Normalarbeitstag und Teilzeitarbeit im Frauenalltag ein und arbeitet die sozialen Räume des bürgerlichen Familien- und Arbeitsrollenverständnis heraus. Die Teilzeitarbeit zwischen Flexibilisierungsinstrument der Wirtschaft und Bedürfnis vor allem von Frauen war in den 80er Jahren ein stark umstrittenes Thema in den Gewerkschaften. Ulla Kilchenmann zeichnet nun die Entwicklung der Teilzeitarbeit anhand detaillierten Zahlenmaterials nach und diskutiert Vor- und Nachteile aus emanzipatorischer Sicht. Ihr Forderungskatalog gegen diskriminierend teilzeitliche Arbeitsverhältnisse zielt vor allem auf kollektivvertragliche Absicherung und der freien Wählbarkeit. Ein Abbau der patriarchalen Leistungsgesellschaft setze aber eine Neuverteilung der existenzsichernden Erwerbsarbeit und der privaten Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter voraus. Was es mit der Logik der Ernährerlohnpolitik und der traditionellen Verquickung der Gewerkschaften damit auf sich hat, erzählt Irène Meier in ihrem Beitrag, um (noch etwas vage) Vorstellungen einer entkoppelten Existenzsicherung anzuschliessen.
Der rapide Aufschwung augenfälliger Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat auch die publizistische Auswertung anschwellen lassen. Eine halbjährlich erscheinende Zeitschrift wie der Widerspruch muss Schwerpunkte setzen. Die Themenpalette ist breit. Eine Analyse des öffentlichen Diskurs über Arbeitslosigeit und Wirtschaftspolitik – besonders auch in Regierung und Verwaltung – hätte (neben den Artikeln von Schöni und Baumann) das Heft zusätzlich bereichert. **Martin Wicki**

■